



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 127 -

SITZUNG VOM

4. März 2024

PROTOKOLL

der 12. Sitzung

Vorsitz:	Präsidentin Silvia Messerschmidt
Mitglieder:	33 Mitglieder
Entschuldigt:	Ceren Bingöl Seline Signer Reto Steffen
Protokoll:	Ratssekretärin ad interim Anya Wernet
Ort:	Singsaal Lättenwiesen
Zeit:	19:00 - 19:51 Uhr

TRAKTANDIERTE GESCHÄFTE:

1. Mitteilungen
 2. Protokoll der 11. Sitzung vom 4. Dezember 2023
 3. Postulat Thomas Wepf (SP) und Mitunterzeichnende "Energiezulagen für Einwohnerinnen und Einwohner mit bescheidenem Einkommen" Überweisung
 4. Postulat Milena Brasi (GLP) und Mitunterzeichnende "Förderung von Fernwärmenetzen und Erdsonden" Beantwortung
 5. Postulat Helen Oertli (Grüne) und Mitunterzeichnende "Mehr Bäume im Opfikerpark" Beantwortung
 6. Interpellation David Sichau und Helen Oertli (Grüne) "Externe IT-Dienstleister" Begründung
 7. Interpellation Kevin Husi-Fiechter (SVP) "Interaktive Tafeln Schule Opfikon" Beantwortung
 8. Ersatzwahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission
 9. Ersatzwahl eines/einer Präsidenten/in der Rechnungsprüfungskommission
 10. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission
 11. Entschädigungsverordnung 2024 der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre (EVO) / Teilrevision per Mitte Legislaturperiode 2022/2026
 12. Privater Gestaltungsplan Glatthof, Glattbrugg Zentrum
-

1. Mitteilungen**0.5.0**

Die Ratspräsidentin informiert, dass sich Stadtrat Mathias Zika entschuldigen lässt. Zudem informiert sie über entschuldigte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen.

1.1 Anfrage Thomas Wepf (SP) "Kommt der Strom der Energie Opfikon AG wirklich zu 100% aus erneuerbaren Quellen?" - Beantwortung 8.3.1

Die Ratspräsidentin informiert über die fristgerechte Beantwortung der Anfrage von Thomas Wepf (SP) betreffend "Kommt der Strom der Energie Opfikon AG wirklich zu 100% aus erneuerbaren Quellen?" durch den Stadtrat.

Die Ratspräsidentin verliest Wichtiges aus der eingegangenen Post, die in der Sitzungsvorbereitung einsehbar war.

- SR-Beschluss Gemeinderat Rücktritt von Mathias Zika Ersatzwahl von Seline Signer
- GR-Antrag + SR-Beschluss Umnutzung Werkhof Oberhauserstrasse 27-29
- GR-Antrag + SR-Beschluss Sanierung Grätzlistrasse Mitte / Ost
- GR-Antrag + SR-Beschluss Stellendach 2025-2029
- GR-Antrag + SR-Beschluss Sanierung und Neugestaltung Ringstrasse

2. Protokoll der 11. Sitzung vom 4. Dezember 2023**0.5.0**

Die Ratspräsidentin erklärt, dass keine Einwände gegen das Protokoll eingegangen sind und dies somit genehmigt ist.

3. Postulat Thomas Wepf (SP) und Mitunterzeichnende "Energiezulagen für Einwohnerinnen und Einwohner mit bescheidenem Einkommen" - Überweisung 5.4.0

Ressortvorsteherin Soziales Heidi Kläusler ergreift das Wort und fasst die wichtigsten Punkte des Antrags des Stadtrats zusammen. Dem Stadtrat sei bewusst, dass die erhöhten Energiekosten insbesondere für Menschen mit tiefem Einkommen eine Herausforderung darstellen. Die erhöhten Energiekosten seien jedoch grösstenteils mit dem Teuerungsausgleich abgegolten worden. Der IPV-Ansatz wäre eine unsachgerechte Giesskannenlösung. Personen, die in wirtschaftliche oder persönlich in Not geraten, können sich jederzeit für eine kostenlose Beratung ans Sozialamt wenden. Sie rät im Namen des Stadtrates, von einer Überweisung des Postulats abzusehen.

Postulant Thomas Wepf (SP) stellt fest, dass sich der Stadtrat bewusst sei, dass die erhöhten Energiekosten eine Herausforderung darstellen, trotzdem wolle er nichts dagegen tun. Das sei für sie unverständlich, zeige eine soziale Kälte gegenüber den Ärmsten und komme nur mit gesuchten Argumenten zu Rande.

Die gestiegenen Heiz- und Energiekosten belasten Menschen mit tiefem Einkommen und auch den Mittelstand in Opfikon. Ein Mittel dagegen sei eine Energiezulage.



Die Preise für Strom und Heizung seien in den letzten beiden Jahren enorm gestiegen und bringen viele Leute in ernsthafte Schwierigkeiten. Pro Haushalt mache das rasch einen vierstelligen Mehrbetrag aus. Auch der Teuerungsausgleich reiche da nirgends hin und diesen hätten noch lange nicht alle erhalten.

Der Stadtrat schiebe die Verantwortung an den Bund ab. Der Bund verweise für sozialpolitische Massnahmen stets an die Kantone und Gemeinden. Bis heute habe aber der Kanton Zürich keine Massnahmen ergriffen. Also stehe eben die Stadt Opfikon in der Pflicht, mindestens temporär.

Zudem sei der Vollzug für den Stadtrat zu kompliziert. In der Stadt Zürich sei dies unbürokratisch möglich. Die Anspruchsberechtigten werden schriftlich informiert und müssen ein Gesuch einreichen. Die Höhe der Energiezulage werde über die Zahl der Personen im Haushalt definiert, wenn die Heizform kritisch sei.

Thomas Wepf (SP) fordert den Gemeinderat auf, zu zeigen, dass Opfikon eine sozial eingestellte Gemeinde sei. Sie bitten den Gemeinderat, das Postulat zu überweisen und danken dafür.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Die Ratspräsidentin schreitet zur Abstimmung.

Die Überweisung des Postulates von Thomas Wepf (SP) und Mitunterzeichnenden "Energiezulagen für Einwohnerinnen und Einwohner mit bescheidenem Einkommen" wird mit 8:25 Stimmen abgelehnt.

3. Postulat Thomas Wepf (SP) und Mitunterzeichnende "Energiezulagen für Einwohnerinnen und Einwohner mit bescheidenem Einkommen" - Überweisung 5.4.0

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 19. Dezember 2023, auf Art. 37 des Organisationserlasses Gemeinderat und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Das Postulat von Thomas Wepf (SP) und Mitunterzeichnende "Energiezulagen für Einwohnerinnen und Einwohner mit bescheidenem Einkommen" wird nicht an den Stadtrat überwiesen.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Thomas Wepf
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiter Soziales
 - Ratssekretärin ad interim (Terminkontrolle)



4. Postulat Milena Brasi (GLP) und Mitunterzeichnende "Förderung von Fernwärmenetzen und Erdsonden" - Beantwortung 8.3.0

Ressortvorstand Gesellschaft Jörg Mäder erläutert die Beantwortung des Postulats. Es freue den Stadtrat, dass der Gemeinderat an der Thematik interessiert sei, der Stadtrat sei es auch. Der vorliegende Bericht sei kein Abschlussbericht. Das Thema sei im vollen Gange. Die Verordnung über die Energie- und Wasserversorgung (EuWVV) soll die Rechtsgrundlage schaffen, verschiedene Dinge vorwärts zu treiben. Der Stadtrat freut sich, wenn diesbezüglich konstruktiv zusammengearbeitet wird. Mit der Energie Opfikon AG werde abgeklärt, wie Fernwärme machbar sei, das Potential sei gross. Es müssen dicke Balken gesägt werden und die Zeit sei nicht immer da, wo man sich das wünscht. Der Stadtrat bleibe an diesem Thema dran und informiere gerne wieder.

Postulantin Milena Brasi (GLP) bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung und die weitere Bearbeitung des Themas.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Das Postulat von Milena Brasi (GLP) und Mitunterzeichnende "Förderung von Fernwärmenetzen und Erdsonden" wird als erledigt abgeschrieben.

4. Postulat Milena Brasi (GLP) und Mitunterzeichnende "Förderung von Fernwärmenetzen und Erdsonden" - Beantwortung 8.3.0

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 13. Februar 2024, auf Art. 37 und 38 des Organisationserlasses Gemeinderat und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Das Postulat von Milena Brasi (GLP) und Mitunterzeichnende "Förderung von Fernwärmenetzen und Erdsonden" wird als erledigt abgeschrieben.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Milena Brasi
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiterin Bau und Infrastruktur
 - Ratssekretärin ad interim (Terminkontrolle)



5. Postulat Helen Oertli (Grüne) und Mitunterzeichnende "Mehr Bäume im Opfikerpark" - Beantwortung **7.4.0**

Ressortvorstand Bau und Infrastruktur Bruno Maurer erläutert, dass die Beantwortung gelesen werden konnte. Für 15 Bäume konnten Patenschaften erstellt werden. Die Bäume seien bestellt und werden im Frühling gesetzt. Da sei der Stadtrat etwas schneller als bei der Fernwärme.

Postulantin Helen Oertli (Grüne) bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung und die schnelle und konkrete Umsetzung. Sie freuen sich auf die Bäume.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Das Postulat von Helen Oertli (Grüne) und Mitunterzeichnende "Mehr Bäume im Opfikerpark" wird als erledigt abgeschrieben.

5. Postulat Helen Oertli (Grüne) und Mitunterzeichnende "Mehr Bäume im Opfikerpark" - Beantwortung **7.4.0**

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 13. Februar 2024, auf Art. 37 und 38 des Organisationserlasses Gemeinderat und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Das Postulat von Helen Oertli (Grüne) und Mitunterzeichnende "Mehr Bäume im Opfikerpark" wird als erledigt abgeschrieben.

2. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Helen Oertli
- Stadtrat
- Abteilungsleiterin Bau und Infrastruktur
- Ratssekretärin ad interim (Terminkontrolle)

6. Interpellation David Sichau und Helen Oertli (Grüne) "Externe IT-Dienstleister" - Begründung **9.5.0**

Interpellant David Sichau (Grüne) begründet im Rat seine Interpellation.

Die Angriffe auf IT-Dienstleister haben zugenommen. Nicht nur Private, sondern auch öffentliche Verwaltungen seien schon etliche Male angegriffen worden. Aus diesem Grund bitten sie den Stadtrat, um die Beantwortung der Fragen, wie mit externen IT-Dienstleister zusammengearbeitet wird und welche Daten weitergegeben werden. Man soll auch in die Zukunft schauen: Ist



Opfikon noch in der Lage, diese Thematik selbst zu managen? Vielleicht wäre eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sinnvoll. Ihr Ziel sei nicht nur die Beantwortung der Fragen, sondern auch eine Diskussion zum Thema Sicherheit der ICT anzuregen. Er bedankt sich für die Beantwortung seiner Fragen.

Die Ratspräsidentin erläutert, dass der Stadtrat gemäss Art. 39 des Organisationserlasses Gemeinderates die Interpellation innert dreier Monaten nach der Begründung zu beantworten hat. Über die von der Interpellation berührte Angelegenheit wird nicht Beschluss gefasst.

7. Interpellation Kevin Husi-Fiechter (SVP) und Mitunterzeichnende "Interaktive Tafeln Schule Opfikon" - Beantwortung **2.2.0**

Interpellant Kevin Husi-Fiechter (SVP) bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung. Er behält sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückzukommen.

8. Ersatzwahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2026 **0.5.0**

Aufgrund der Wahl von Mathias Zika (FDP) in den Stadtrat ist ein neues Mitglied der Rechnungsprüfungskommission zu bestimmen.

Die interfraktionelle Konferenz, vertreten durch den Präsidenten Jeremi Graf, schlägt mit 7:0 Stimmen vor:

- Björn Blaser (FDP)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Es gibt keine Enthaltungen oder Gegenstimmen. **Der Vorgeschlagene wird mit 33:0 Stimmen einstimmig als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2026 gewählt.**

Die Ratspräsidentin erkundigt sich bei Björn Blaser (FDP), ob er diese Wahl annimmt und somit aus der Geschäftsprüfungskommission austritt.

Björn Blaser (FDP) bestätigt, dass er die Wahl als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission annimmt und aus der Geschäftsprüfungskommission austritt.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Björn Blaser
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei
- Lohnbuchhaltung



9. Ersatzwahl des Präsidiums der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2026 0.5.0

9.1 Geheime Wahl des Präsidiums der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2026

Aufgrund der Wahl von Mathias Zika (FDP) in den Stadtrat ist ein neues Präsidium der Rechnungsprüfungskommission zu bestimmen.

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch den Präsidenten Jeremi Graf, schlägt mit 4:3 Stimmen vor:

- Evelyne Sylder (GLP)

Kevin Husi-Fiechter (SVP) ergreift das Wort. Im April 2022 habe die IFK die Besetzung der Kommissionen und deren Präsidien beschlossen. Nebst den Personen wurden zudem die Präsidien den grössten Parteien zugesprochen. Obwohl die SVP mit den Nominationen für den Einsitz in die Kommissionen nicht immer einverstanden war, habe sie sich an die Abmachungen gehalten und haben dem erhaltenen Wahlvorschlag stets nach dem Konkordanzprinzip Folge geleistet. Diese Praxis habe für Kontinuität im Rat geführt und die zum Zeitpunkt der Konstituierung herrschenden Sitzverhältnisse berücksichtigt. Sie halten an diesem System fest und portieren als IFK-Minderheit, Björn Blaser als Präsident der RPK. Sie würden es bedauern, wenn langjährige Traditionen vom Rat gebrochen werden und so bisherige Abmachungen nicht mehr gelten. Er bittet darum, der altbewährten Praxis zu folgen und Björn Blaser die Stimme zu geben.

Die Ratspräsidentin fasst zusammen, dass Evelyne Sylder (GLP) und Björn Blaser (FDP) zur Wahl stehen.

Die Ratspräsidentin geht zur geheimen Wahl über und bittet die Stimmenzähler nach vorne, um die Wahlzettel zu holen und zu verteilen. Die Stimmenzähler sammeln die Wahlzettel mit der Wahlurne ein.

Die geheime Wahl ergibt:

Zahl der Anwesenden	33
Eingegangene Wahlzettel	33
Abzüglich leere Wahlzettel	1
Abzüglich ungültige Wahlzettel	0
Massgebende Zahl der Wahlzettel	32
 Absolutes Mehr	 17
 Björn Blaser	 17
Evelyne Sylder	15
 Gewählt ist Björn Blaser mit Stimmen.	 17
 Vereinzelte	 0
Total	32



Björn Blaser ist somit als Präsident der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2026 gewählt.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Björn Blaser
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei
- Lohnbuchhaltung

10. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2026 **0.5.0**

Aufgrund der Wahl von Björn Blaser (FDP) in die Rechnungsprüfungskommission ist ein neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission zu bestimmen.

Die interfraktionelle Konferenz, vertreten durch den Präsidenten Jeremi Graf, schlägt mit 7:0 Stimmen vor:

- Kathrin Balimann (FDP)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Es gibt keine Enthaltungen oder Gegenstimmen. **Die Vorgeschlagene wird mit 33:00 Stimmen einstimmig als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2026 gewählt.**

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Kathrin Balimann
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei
- Lohnbuchhaltung

11. Entschädigungsverordnung 2024 der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre (EVO) / Teilrevision per Mitte Legislaturperiode 2022/2026 **9.0.0**

Kevin Husi-Fiechter (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Entschädigungsverordnung 2024 der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre (EVO) / Teilrevision per Mitte Legislaturperiode 2022/2026.

Die letzte Angleichung der Teuerung wurde auf den 1. Januar 2020 vorgenommen, dabei seien die Teuerungszulagen bis und mit 2019 berücksichtigt worden. Mitte der laufenden Legislaturperiode könne der Stadtrat eine teuerungsbedingte Anpassung der festgesetzten Ansätze dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegen.



SITZUNG VOM

4. März 2024

Die GPK hält fest, dass durch die Teilrevision der Entschädigungsverordnung neu auch bei den nicht dem Personalrecht unterstehenden Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre das System des Kantons Zürich angewendet und somit eine Vereinheitlichung eingeführt werde. Die GPK begrüsst die Teuerungsanpassung und die gleichzeitige Vereinheitlichung des Systems der Anpassung für die Zukunft.

Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, die Änderungen der Entschädigungsverordnung der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen und Funktionäre (EVO) gemäss Vorlage vom Oktober 2023 zu genehmigen. Die Änderungen der Entschädigungsverordnung der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen und Funktionäre (EVO) treten rückwirkend per 1. Januar 2024 in Kraft.

Schulpräsident (stellvertretender Ressortvorstand Finanzen und Liegenschaften) Norbert Zeller dankt der GPK für die speditive Prüfung des Geschäftes und Befürwortung der Revision.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Die Änderungen der Entschädigungsverordnung der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre (EVO) gemäss Vorlage vom Oktober 2023 werden ohne weitere Wortmeldungen genehmigt.

11. Entschädigungsverordnung 2024 der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre (EVO) / Teilrevision per Mitte Legislaturperiode 2022/2026 9.0.0

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 24. Oktober 2023, auf Art. 36, Ziff. 1 der Gemeindeordnung, den Antrag der GPK und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Die Änderungen der Entschädigungsverordnung der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre (EVO) gemäss Vorlage vom Oktober 2023 werden genehmigt.
2. Die Änderungen der Entschädigungsverordnung der Behörden, Kommissionen und Funktionärinnen oder Funktionäre (EVO) treten rückwirkend per 1. Januar 2024 in Kraft.



3. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Stadtrat
- Abteilungsleitende
- Finanzen und Liegenschaften
- Lohnbuchhaltung

12. Privater Gestaltungsplan Glatthof, Glattbrugg Zentrum**6.0.4**

Helen Oertli (Grüne), Sprecherin der Spezialkommission Planung, erläutert das Geschäft privater Gestaltungsplan Glatthof, Glattbrugg Zentrum.

Die Eigentümer mehrerer Parzellen um den Glatthof planen eine gemeinsame Entwicklung ihrer Grundstücke. Das Gebiet soll das Zentrum der Stadt stärken und als Eingang zur AIRPORT CITY dienen. Durch den Gestaltungsplan könne von der Regelbauweise der BZO abgewichen und ein massgeschneidertes Projekt für diesen Ort realisiert werden. Jedoch müsse die Bauherrschaft für diese Erleichterungen ein besonders hochwertiges Projekt garantieren.

Die PLAKO habe das Geschäft zur Bearbeitung überwiesen bekommen. Die Unterlagen wurden studiert und an drei Sitzungen diskutiert. Bruno Maurer und Patricia Meier beantworteten fachliche Fragen. Helen Oertli (Grüne) bedankt sich bei den beiden.

Die Mehrheit der Mitglieder der Planungskommission begrüßen die Initiative der privaten Bauherrschaft, an dieser prominenten Lage ein qualitativ hochstehendes Bauprojekt zu realisieren. Die vorgängigen Prüfungen des privaten Gestaltungsplanes durch die Behörde Bau und Infrastruktur und den Kanton waren sorgfältig und wurden von der Bauherrschaft übernommen. Weitere Optimierungen hinsichtlich einer ökologischen Landschaftsgestaltung konnten im Rahmen der Einwendungen präzisiert und verbindlich gemacht werden.

Eine Minderheit der Planungskommission finde, dass bei diesem Gestaltungsplan ein Mehrwertaussgleich nach § 49b PBG hätte vorgenommen werden sollen, wonach bei einer Planung, wenn zusätzliche Ausnutzungsmöglichkeiten und damit ein Mehrwert geschaffen wird, ein Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum festgelegt werden kann.

Antrag

Die Spezialkommission Planung beantragt dem Gemeinderat mit 6:1 Stimmen den Antrag des Stadtrates, bezüglich Gestaltungsplan Glatthof Glattbrugg Zentrum, Schaffhauser-/Rohrstrasse, vom 26. September 2023, zu genehmigen.

Ressortvorstand Bau und Infrastruktur Bruno Maurer dankt der PLAKO für die Prüfung des Geschäftes. Es sei ein komplexes Geschäft gewesen und nicht ganz einfach. Man definiert eine neue Bauordnung für diesen Bereich. Das beste Geschäft soll dann schliesslich zur Umsetzung kommen. Es sei wichtig gewesen den Zentrumscharakter zu vermitteln. Er hoffe, dass dem Antrag der PLAKO gefolgt wird.



Alan Boss (SP) ergreift das Wort. Er führt aus, dass die SP den Gestaltungsplan kritisiert. Beispielsweise sei eine Tiefgarage vorgesehen, obwohl Opfikon eine der mobilsten Städte sei. Es entstehen kleine Wohnungen. Diese Wohnungen ziehen gutverdienende Personen und keine Familien an. Familien wären auf Autos angewiesen. Die Begrünung sowie das preisgünstige Wohnen fehlen. Das sei unzureichend.

Yuri Fierz (SP) führt aus, dass die Überbauung fertig geplant sei und es bestimmt eine Aufwertung gibt. Personen, die heute dort wohnen, müssen ihre Wohnungen verlassen. Sie können bestimmt nicht zurückkehren, ohne massiv mehr zu zahlen. Das sei nicht in Ordnung. Der Stadtrat habe die Möglichkeit gehabt, diesem entgegenzuwirken. Ein Mindestanteil an preisgünstigem Wohnen wäre gut möglich gewesen. Er stellt sich die Frage, wieso dies nicht gemacht wurde? Entweder wurde es aktiv ignoriert oder vergessen. Beides erachtet er als nicht akzeptabel. Sozialräumliche Durchmischung soll gefördert werden. Das kann nicht gefördert werden, wenn die Stadt nicht eingreift. Die SP sei dagegen, dass kein günstiger Wohnraum entsteht. Die Personen werden sonst weiter an den Rand der Stadt und so an den Rand der Gesellschaft getrieben. Deshalb lehnen sie den Gestaltungsplan ab.

Tanja Glanzmann (Die Mitte) ergreift das Wort. Sie ist der Meinung, dass der Gestaltungsplan auch das Gewerbe und nur einige Wohnungen betrifft. Es seien nur wenige Wohnungen betroffen. Sie fragt sich, ob im Gemeinderat über einige Wohnungen diskutiert werden soll. Der Gestaltungsplan befindet sich im Zentrum, wo es lukrativ ist. Dort ist eine Aufwertung erwünscht und das soll auch beachtet werden.

Alan Boss (SP) führt aus, dass Aufwertung nicht bedeuten muss, die jetzigen Bewohner rauszuwerfen.

Ressortvorstand Bau und Infrastruktur Bruno Maurer teilt mit, dass der Gestaltungsplan nur wenige Wohnungen aber auch Gewerberaum umfasse. Ein Raum könne nicht alles gleichermassen abdecken. Grün sei dort angedacht, wo die Bevölkerung mehr davon hat. An anderen Orten könne dann mehr auf den preisgünstigen Wohnbau geachtet werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Die Ratspräsidentin schreitet zur Abstimmung.

Dem privaten Gestaltungsplan Glatthof, Glattbrugg Zentrum wird mit 28 zu 5 Stimmen zugestimmt.

12. Privater Gestaltungsplan Glatthof, Glattbrugg Zentrum

6.0.4

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 3. Oktober 2023, auf Art. 36, Ziff. 1 der Gemeindeordnung, den Antrag der PLAKO und die Diskussion im Rat



BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Dem privaten Gestaltungsplan Glatthof, Glattbrugg Zentrum wird zugestimmt.
2. Sofern sich als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren Änderungen an der Vorlage als notwendig erweisen, ist der Stadtrat ermächtigt, dies in eigener Zuständigkeit vorzunehmen.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Stadtkanzlei
 - ZANONI Architekten AG, Bederstrasse 33, 8002 Zürich
 - Bau und Infrastruktur

Fraktionserklärung FDP

Björn Blaser (FDP) ergreift das Wort:

"Mit Freude haben wir das wuchtige Ja zur Pistenverlängerung der Piste 32 und 28 zur Kenntnis genommen. Ein Ja zu mehr Sicherheit, Pünktlichkeit und mehr Nachtruhe. Ein Bekenntnis zum Flughafen und dem Wirtschaftsstandort Zürich.

Im Moment sind wir noch Mitglied beim Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich. Ein Verband der an vorderster Front gegen das Vorhaben gekämpft hat. Ein Verband, der mit unseren Verbandsbeiträgen einen Abstimmungskampf geführt hat, welche nicht die Interessen unserer Bevölkerung vertritt. Ein Verband wo wir als angrenzende Gemeinde zum Flughafen kein erhebliches Mitspracherecht haben und unserer Meinung nach nur ungenügend gehört wird.

Wir schliessen uns Lieber der Nachbargemeinde Wallisellen an welche den Austritt bereits vollzogen hat, als uns von Gemeinden wie Turbenthal, Fislisbach und Mellikon eine Kampagne aufzwingen zu lassen.

Allfällige Sorgen der Bevölkerung können wir direkt bei der Volkswirtschaftsdirektion oder beim Bazl platzieren.

Die Mitgliedschaft können wir uns sparen!

In den nächsten Tagen wird die FDP einen politischen Vorstoss einreichen, der den Austritt aus dem Verband fordert, gerne geben wir Euch, liebe Parlamentarier die Möglichkeit unser Anliegen mit der Unterschrift zu unterstützen."



SITZUNG VOM

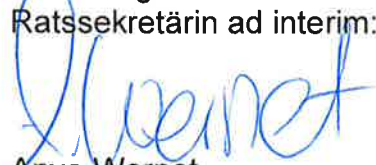
4. März 2024

Schluss der Sitzung

Die Ratspräsidentin wünscht einen schönen Abend.

Opfikon, 6. März 2024

Für richtiges Protokoll
Ratssekretärin ad interim:



Anya Wernet





PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 140 -

SITZUNG VOM

4. März 2024

Protokoll geprüft:

Datum:

Präsidentin:

Silvia Messerschmidt

/ Silvia Messerschmidt

6.3.2024